

ERNEST KÖNIG

## SICHERHEITSPOLITIK IM UMBRUCH<sup>1</sup>

1991 besuchte der derzeitige österreichische Verteidigungsminister seinen Amtskollegen Minister Lajos Für in Budapest. Es war zur Zeit der zwei Nationalfeiertage von Ungarn und Österreich. Anlässlich dieses Besuches fragte der österreichische Verteidigungsminister seinen ungarischen Kollegen, was die ungarischen Streitkräfte nunmehr mit ihren Angriffsplänen auf Österreich gemacht hätten. Die Antwort kam prompt: "Ich habe sie vor einem Monat archivieren lassen." Um etwa diesselbe Zeit, fünf Jahre später, war der ungarische Verteidigungsminister Keleti wieder bei Minister Fasslabend, diesmal in Wien, auf Besuch. Anlässlich eines kurzen Statements hielt Keleti fest, daß Ungarn nach seinem unmittelbar bevorstehenden Beitritt zur NATO die Aufnahme Österreichs in die NATO nachhaltig befürworten werde. Dieses Beispiel steht für Veränderung in kürzester Zeit in einem geradezu unglaublichen Ausmaß, obwohl im schnellebigen tagespolitischen Ablauf oft ein gegenteiliger Eindruck entstehen könnte und zudem möglicherweise eine Tendenz zum Schlechteren angenommen wird. Man ist gut beraten, historisch relevante Zeitspannen, beispielsweise 50 Jahre, in diese Betrachtung miteinzuziehen, um aus den Veränderungen einen Trend ableiten zu können.

Vor 100 Jahren schien die alte Ordnung noch intakt zu sein. Die europäischen Mächte hatten den Großteil der Welt in Kolonien aufgeteilt; die Auseinandersetzungen zwischen den Mächten waren oft davon geprägt. Deutschland versuchte eine Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent zu erreichen. 50 Jahre später sah alles anders aus. Die Achsenmächte hatten den 2. Weltkrieg verloren. Mit einem umfangreichen Hilfsprogramm, dem Marshall-Plan, wurde Siegern und Verlierern wieder auf die Füße geholfen. Das ERP-Programm lief an, die OEEC, die Vorläuferorganisation der OECD, wurde ins Leben gerufen, der Grundstein für die heutige europäische Union in Form der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gelegt.

So hat Europa im Rahmen der Europäischen Union, und hier insbesondere in den Europäischen Gemeinschaften, ein sehr hohes Maß an Integration entwickelt. Im Bereich Wirtschaft bestehen viele Organe, die demokratische Staaten kennzeichnen. Viele Aufgaben sind zentralisiert. Die Europäische Union funktioniert in diesem Sektor etwa zu drei Viertel wie ein Staat.

Anders im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Hier gibt es zwar konkrete Absichten und Fahrpläne, die Strukturen, die diese gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erst ermöglichen sollen, sind jedoch noch in Diskussion. Die konsolidierte Wahrnehmung der einschlägigen Aufgaben funktioniert in diesem Bereich daher noch nicht, das haben die Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien schmerzlich bewiesen. Noch weniger weit entwickelt ist die so dringend notwendige Harmonisierung der inneren Sicherheit. Dieses Element ist noch immer auf bilaterale Abmachungen abgestimmt. Die Notwendigkeit zu integrativem Vorgehen ist aber in allen Ländern unbestritten. Nur in den Ansätzen ist die europäische Verantwortung im Sozial- und Beschäftigungsbereich erkennbar.

Wenn man bedenkt, daß vor etwas mehr als 50 Jahren die in dieser Union vereinten Länder noch mit Waffengewalt ihre von der Geopolitik bestimmten Plänen durchsetzen wollten, wird die Veränderung augenscheinlich. Wollte man diesen Trend um nochmals 50 Jahre in die Zukunft weiterführen, würde sich zumindest für Europa ein nachhaltig zur Hoffnung Anlaß gebendes Bild abzeichnen. Allerdings verlaufen Trends selten linear. Sicher ist, daß die Einflußgrößen sich zunehmend vernetzen, daß sich weltweite Abhängigkeiten und

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist ident mit einem, in der Schriftenreihe II/97 der Landesverteidigungsakademie erschienenen, Artikel.

Einflußnahmen aufzuheben, und daß die globale und damit auch die europäische politische Landschaft ganz anders aussehen wird als heute.

Mit diesen einleitenden Bemerkungen sei skizziert, wie sich die sicherheitspolitische Lage im großen immer Veränderungen unterworfen sah, und so wird es auch in Zukunft sein. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß, wenn von Sicherheitspolitik die Rede ist, vornehmlich die "äußere" Sicherheit gemeint ist. So wird sie in fast allen Ländern verstanden, nur in Österreich denkt man primär an Fragen, die die innere Sicherheit betreffen.

Von Sicherheit spricht man dann, wenn vermeint wird, daß etwas gefährdet oder bedroht sei, also eine Bedrohung besteht. Um den Dezember 1990 glaubten viele, daß nach Beendigung des Kalten Krieges die Bedrohung gänzlich weggefallen wäre. Die Charta von Paris wurde in diesem Geist geschrieben. Die nächsten Jahre haben uns eines besseren belehrt. Die Bedrohung ist nicht weggefallen, sie ist nur anders geworden. Erkennbar tritt sie an geopolitisch tektonischen Linien auf; insbesondere dort, wo krasse soziale Unterschiede aufeinanderstoßen, sich ethnische, religiöse, fundamentalistische, aber auch immer noch nationale Eruptionen entladen. Diese tickenden Zeitbomben im nahen Umfeld sind hinlänglich bekannt: In Europa ist es vornehmlich der Südosten des Kontinentes; man findet sie weiters insbesondere im Süden Rußlands; entlang einer Linie, die sich bis in den Fernen Osten fortsetzt und über den östlichen Mittelmeerraum in das nördliche Afrika und in den afrikanischen Kontinent hineinzieht.

Dazu kommt, daß die militärisch Mächtigen nach wie vor Vorstellungen entwickeln, wie ein allfälliges Kriegsbild in der Zukunft aussehen könnte, und zumindest ihre forschungsmäßigen Aktivitäten in diese Richtung lenken. Das gilt für die Vereinigten Staaten ebenso wie für die Russische Föderation. Spricht man von Abrüstung, betrifft das vornehmlich den Raum, in dem der Kalte Krieg die höchste Machtmittelanhäufung zu verzeichnen hatte, nämlich in Europa zu beiden Seiten des damaligen Eisernen Vorhanges. Hier wird vernünftig, systematisch und in beiderseitigem Interesse das Rüstungspotential rückgestuft. Gleiches gilt leider nicht für andere Regionen auf dieser Erde, wie z.B. den südostasiatischen Raum.

## **Wo sind die Ursachen für eine derartige Entwicklung zu suchen?**

Am ehesten kann man sich ihnen dann annähern, wenn man versucht, Tendenzen rückzuverfolgen. Hier gibt es einige Entwicklungen, die zur Sorge Anlaß geben. So gelingt es immer weniger, die Produktionsmittelverteilung gerecht zu gestalten. Die Folgen sind einerseits Verschwendung, andererseits Mangel, in Summe Verunsicherung, Unzufriedenheit und der Versuch, diese Lage mit Gewalt zu verändern. Dazu kommt noch, daß der Staat, der bis vor kurzem alle Ressourcen und Machtmittel in der Hand hatte, immer weniger in der Lage ist, über dieses Potential nach eigenem Ermessen zu verfügen. Seinen ihm anvertrauten Bürgern müssen aber die Repräsentanten der Staaten vermitteln, daß alles zum besten stehe und disponiert werden kann, obwohl die Zeichen anderes zu signalisieren scheinen. Ängste sind die Folge. Alles in allem führt das zu einem immer weiteren Auseinanderdriften von reichen und armen Regionen. Von dieser Entwicklung werden ganze Kulturkreise erfaßt, die erwähnten tektonischen Linien lassen sich nachzeichnen. Ohne Gegensteuern könnte sich ein Klassenkampf bisher unbekannter Dimension entwickeln, dessen Kraftlinien sich sowohl durch Staaten ziehen, als auch auf internationaler Ebene Konsequenzen haben könnten.

Trotzdem gibt es in dieser eher labilen Lage noch immer geopolitisch bedeutsame staatliche Spieler. Dazu zählen, und so wird es auf absehbare Zeit aller Wahrscheinlichkeit nach auch bleiben, in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika und, trotz ihrer aufgrund der objektiven Rahmenbedingungen derzeitigen Schwäche, die Russische Föderation, vor allem aber auch die Länder im ostasiatischen Raum. Die wirtschaftliche Entwicklung war immer von richtunggebender Bedeutung. Die Mischung aus politisch autokratischen und wirtschaftlich

liberalen Strategien hat manche Länder in eine atemberaubende Aufwärtsspirale gebracht. Über die genannte Periode von 50 Jahren spricht alles dafür, daß das kontinentale China zu einem entscheidenden Faktor werden wird. In diesem Szenario hat das sich vereinigende Europa seinen Platz gesichert, seine Bedeutung in dieser Situation für die Vereinigten Staaten und umgekehrt wird leicht ersichtlich.

Es gibt Indikatoren, daß diese nunmehr vollkommen veränderte Drucksituation, die sich von der einstmaligen Bedrohung durch den militärischen Riesen Sowjetunion signifikant unterscheidet, auch erkannt wird. Druck eint bekanntlich; insofern ist trotz aller Schwierigkeiten im Detail für ein Europa, das zusammenrückt, eher eine optimistische Beurteilung angebracht.

Bei den Bemühungen, den sich abzeichnenden negativen Tendenzen begegnen zu können, sind auch einige Erfolge zu verzeichnen. Es war das Verdienst der unmittelbaren Vergangenheit, des ideologisch angeprangerten negativen Friedensbegriffes, des Kalten Krieges, des Containments, des Einigelns, der ungeheuren wissenschaftlichen, ökonomischen und militärischen Kraftanstrengung, dem fundamentalen Ost-West-Konflikt ohne kriegerische Auseinandersetzung entkommen zu sein; der Umbruch, die Wende von 1989 war der sichtbare Erfolg.

Heute geht es darum zu gestalten, den Frieden durch abgestimmte wirtschaftliche und rechtliche sowie insbesondere dem humanitären Bereich zuzuordnende Maßnahmen zu gewährleisten und dort, wo notwendig, regional militärisch zu erhalten, abzusichern oder aber durchzusetzen. Werden die konzeptiven Ansätze von Dayton durchgesetzt, wäre dies der erste voll gelungene Durchbruch. Vor 50 Jahren gab es ein vergleichbares Modell mit dem sogenannten Marshall-Plan, dem European Recovery Program (ERP) und im weiteren mit der Entwicklung der ersten Ansätze zu einem sich vereinigenden Europa. Nur durch das strikte Nein des sowjetischen Diktators wurde ein Einbinden des Osten von Europa zum damaligen Zeitpunkt verhindert. Es war eine Sternstunde der Politik, der es gelungen war, den sowjetisch besetzten Teil Österreichs, und das betraf immerhin 45% der Bevölkerung, in dieses Programm einzubinden und damit das kleine Wirtschaftswunder vor etwa einem halben Jahrhundert auszulösen.

Auch in der Zukunft werden weitere Umbrüche unvermeidbar sein. Die Frage ist nur, ob so viel gemeinsame Vernunft entwickelt werden kann, daß dies, halbwegs stabilisiert mit solidarischen Maßnahmen, eine einigermaßen sichere Entwicklung gewährleisten kann, oder aber ob Egoismen die negativen Tendenzen voll zur Geltung kommen lassen und letztlich im Chaos enden. Auch hier gibt es Anzeichen, daß der Zauberbesen trotz steigender Flut in sein Eck zurückverwiesen werden könnte.

Damit stellt sich die Frage, wie die Länder Europas agieren sollen, um eine unerfreuliche Entwicklung zu verhindern, womöglich die Situation zu gestalten, und insbesondere, wie der Umbruch zu Beginn dieses Jahrzehnts zukunftsorientiert gesehen werden kann. Rufen wir uns in Erinnerung, was seit dem Überschreiten der ungarisch-österreichischen Grenze im Juli 1989 durch Ostdeutsche, die nicht mehr nach Hause zurückkehren wollten, passiert ist. Die mittelosteuropäischen Staaten haben sich der Schirmherrschaft der Sowjetunion entzogen und sich auf den in der KSZE umrissenen demokratischen Weg begeben. Die zwei Deutschland wurden vereint, der Warschauer Pakt löste sich auf, die Sowjetunion hörte auf zu bestehen, die Größe der stehenden Heere wurde drastisch reduziert, die Rüstungsaufwendungen signifikant zurückgenommen.

In struktureller Hinsicht kommt dabei der Europäischen Gemeinschaft, heute der Europäischen Union, die im Zusammenhang mit der Westeuropäischen Union (WEU), der Organisation

für Sicherheit und Zusammenheit in Europa (OSZE) sowie der Atlantischen Allianz (NATO) zu sehen ist, eine besondere Rolle zu.

Zunächst sei auf die Europäische Union eingegangen. Die Wurzeln sind zweifellos auf den Marshall-Plan zurückzuführen. 1951 entstand aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Überlegungen der Mitgliedsstaaten die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Will man der Europäischen Union eine gesamtheitliche Aufgabe zuordnen, könnte man sagen, daß dies das Gewährleisten des Bestehens Europas im globalen Wettbewerb zu sein hat. Organisatorisch weist sie, zumindest was die Europäischen Gemeinschaften betrifft, Merkmale eines staatsähnlichen Gebildes auf. Es gibt ein Europäisches Parlament, das mitbestimmt, aber keinen echten Gesetzgeber, einen Europäischen Rat, der, ganz generell ausgedrückt, eine Art Aufsichtsratsfunktion besitzt, eine Kommission und einen Ministerrat, die im Wechselspiel die Funktion einer Regierung, vor allem aber die Rechtssetzung, wahrnehmen, einen Gerichtshof und einen Rechnungshof. Mit dem Vertrag von Maastricht und seinen drei Säulen, der Europäischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie von "Justiz und Inneres" wurde die Richtung zur europäischen Identität gewiesen.

Die Westeuropäische Union, vor 50 Jahren ins Leben gerufen, ging durch verschiedene Metamorphosen. Ihre Aufgabe findet sie in humanitären, friedenserhaltenden und friedensdurchsetzenden Maßnahmen. Vielleicht, und so ist es beabsichtigt, wird sie einmal sicherheits- und verteidigungspolitische Funktionen übernehmen. Mit unterschiedlicher Intensität umfaßt sie 10 bis 28 Länder. Organisatorisch verfügt auch sie über einen Rat und eine parlamentarische Versammlung. Im Zusammenhang mit der NATO gilt der Grundsatz, daß die assignierten Truppen "separable" aber nicht "separate" zu sehen sind. Forces assigned to WEU (FAWEU) ist die Bezeichnung dafür.

Mit der 1991 festgehaltenen Absicht, die 1992 im Vertrag von Maastricht verbindlich geworden ist, zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und im weiteren zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik ist auch die Möglichkeit einer gemeinsamen Verteidigung ins Auge gefaßt worden. Es handelt sich bei der Westeuropäischen Union um die europäische Verteidigungskomponente, den europäischen Pfeiler der Atlantischen Allianz. 1992 wurden die konkreten Missionen für die Westeuropäische Union in der Petersberg-Erklärung festgelegt. 1996 wurde in Birmingham den Beobachtern die Illusion genommen, eine besonders aktive Rolle spielen zu können. Sicherheitspolitisch relevante Missionen der EU und der WEU sind im Zusammenhang mit den Vorgängen im ehemaligen Jugoslawien zu sehen. Dazu zählen der Einsatz in Mostar, in der Adria und an der Donau. Für die zukünftige Entwicklung ist anzunehmen, daß zunehmend Mehrheitsentscheidungen auch im Bereich der Sicherheitspolitik Platz greifen werden. Ein Repräsentant für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik scheint manchen Ländern notwendig, auch eine Tandemorganisation wird überlegt. In irgendeiner Form wird es zu einer engeren Bindung der Westeuropäischen Union an die Europäische Union kommen. Dafür gibt es verschiedene Lösungsmodelle.

Während Österreich Vollmitglied der Europäischen Union ist, hat es in der Westeuropäischen Union nur Beobachterstatus, was bedeutet, daß Aktionen zwar mitgetragen werden dürfen, wie sie sich aber gestalten, kann nicht mitbestimmt werden.

Eine ganz andere Entwicklung nahm die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die OSZE. Sie entstand aus der sogenannten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der KSZE, in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Die Hauptaufgabe der KSZE war, den Eisernen Vorhang durch Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen durchlässig zu machen. Ihre Aufgabe fand sie nach dem Umbruch in Europa, später als OSZE, im Bemühen, strategische Frühwarnsysteme zu entwickeln, Konflikte zu verhüten,

Krisenmanagement durchzuführen, bei der Reduktion der Rüstung mitzuhelfen, den Luftraum offener zu gestalten, Menschenrechte durchzusetzen und die Interessen von Minderheiten wahrzunehmen. Insgesamt könnte die Aufgabe der OSZE im Zurverfügungstellen von "Sicherheitssoftware" gesehen werden. Organisatorisch zählen zu ihr 55 Länder, sie funktioniert als regionale Abmachung gemäß Kap. VIII UN-Satzung und beruht auf Konsens. Organisatorisch geben Regierungschefs und Außenminister die Richtung vor, auch gibt es parlamentarische Ansätze. Seit der Wende kommt der Charta von Paris vom Dezember 1990 sowie der Namensänderung im Jahr 1994 Bedeutung zu. Neun Missionen, insbesondere im Wahlbeobachtungs- und Menschenrechtsbereich, sind in der Feldarbeit zu registrieren. Für die zukünftige Entwicklung ist ein erhöhtes Selbstbewußtsein dieser Organisation zu erwarten. Österreich ist Vollmitglied.

Die nordatlantische Vertragsorganisation, die NATO, wurde nach dem Marshall-Plan, im Jahr 1949 aus der Taufe gehoben. Nicht zu vergessen ist, daß es sich bei ihr um eine Wertegemeinschaft handelt, die ein gemeinsames Erbe bewahren will. Durch den Kalten Krieg wurde der Beistandsartikel 5 so in den Vordergrund gerückt, daß man manchmal meinen könnte, der Vertrag bestünde aus einem einzigen Artikel. In der Aufgabenerfüllung sind, abhängig von der geopolitischen Entwicklung, verschiedene Phasen zu erkennen. Ging es zunächst einmal um Vorwärtsverteidigung, veränderte sich diese Lage nach den dramatischen Vorgängen im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß und der strategischen Verteidigungsinitiative in die Richtung, daß beide Blöcke in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre begannen, auf hinlängliche Verteidigung zu setzen. Heute besteht die Hauptaufgabe darin, den europäisch-atlantischen Verbund aufrecht zu erhalten.

Beurteilt man die Organisation, so handelt es sich bei ihr um ein politisches Gebilde, an dessen Spitze der Nordatlantikrat steht, in dem die Spitzenpolitiker der Mitgliedstaaten zusammentreten. Das Erfüllungsorgan ist der Generalsekretär. Erst auf dieser Ebene kommt das Military Committee, das Militärkomitee, als ein vornehmlich beratendes Instrumentarium ins Spiel. Auf der Ebene darunter setzt die militärische Hierarchie an. Zur Organisation sei angemerkt, daß sie seit der Wende um rund ein Drittel hinsichtlich Mannschaftsstärken und Rüstung kleiner geworden ist. Auch die in die Zukunft weisende Forschung wurde nachhaltig zurückgenommen, der Bereitschaftsgrad der Masse der Verbände, also deren Abrufbarkeit wurde von Tagen auf Wochen und Monate verlängert.

Gerade diese Organisation hat auf die Veränderungen seit 1989 im besonderen Maß reagiert. So wurde 1990 in London festgehalten, daß die NATO keinen Gegner mehr hat, daher der Dialog zu suchen wäre. Im Jahr darauf wurde der neue konzeptive Ansatz skizziert, der Beitrag im System der kollektiven Sicherheit besonders betont. Drei Jahre später wurde das zunächst skeptisch beurteilte Erfolgskonzept der Partnerschaft für den Frieden aus der Taufe gehoben und der Weg zur Einbindung der Russischen Föderation nachhaltig beschritten. Von signifikanter Bedeutung war das Berliner Treffen des Jahres 1996, in dem ausgehend von den veränderten konzeptiven Überlegungen eine neue Struktur skizziert, die Ostöffnung beschlossen, die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität betont und die Kommandostruktur der Combined Joint Task Forces im Prinzip festgelegt wurde. Im Dreieck Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, wirtschaftliche Prosperität und Sicherheit wurde durch den militärischen IFOR- und SFOR-Einsatz die außer Kontrolle geratene Situation in Bosnien-Herzegowina als Voraussetzung für die Verwirklichung der ersten zwei Parameter stabilisiert. In Wochen ist zu erwarten, daß der wahrscheinlich signifikanteste Schritt seit der Gründung der NATO in Madrid gesetzt werden wird. Die strategische Partnerschaft mit der Russischen Föderation in Form eines eigenen Rußland/NATO-Rates<sup>2</sup>, die besondere Bedeutung der Ukraine, die europäische

---

<sup>2</sup> bereits beschlossen

Sicherheits- und Verteidigungsinitiative, das konsequente Fortführen des Programms für die Friedenspartnerschaft, das vermehrte Augenmerk für die Mittelmeerreaktion, der atlantische Partnerschaftsrat in Nachfolge des NATO-Kooperationsrates, die Öffnung Richtung Osten für wahrscheinlich drei Länder mit Aufnahmefeierlichkeiten zum 50. Geburtstag im Jahr 1999, ein vermehrtes Augenmerk auf Krisenmanagement bei Gewährleisten einer angemessenen Verteidigung wird aller Voraussicht nach das Ergebnis sein. Österreich ist Teilnehmer des nunmehrigen Europäisch-Atlantischen Partnerschaftsrates. Ohne Voll-Mitgliedschaft ist aber volle Mitgestaltung verwehrt.

Die zusammenfassende Darstellung der Entwicklung der vier Institutionen erfolgte mit der Absicht, die groben Entwicklungslinien herauszuarbeiten und in die Zukunft zu projizieren. Grundsätzlich kann dazu gesagt werden, daß der zunehmende Wille zur Gestaltung offenkundig einem historischen Lernprozeß entspringt, der es erlauben könnte, auch stark ausgeprägte Egoismen zu überwinden.

Welche Auswirkungen hat dieser vor sieben Jahren erfolgte Umbruch nun auf Österreich und wie waren die Reaktionen in diesem Land?

Zur allgemeinen Situation kann festgehalten werden, daß die Sicherheit Österreichs und Europas zum großen Teil untrennbar verbunden ist. Das Kernproblem in diesem Zusammenhang ist, daß der notwendige Grundkonsens eine sehr schmale Basis hat. Diese Basis findet sich in der mehrfach einvernehmlich abgegebenen Erklärung, am gemeinsamen System der europäischen Sicherheit vollinhaltlich und vorbehaltlos teilhaben zu wollen. Die Kernfrage ist, sind die oben dargestellten Strukturen der europäischen Sicherheit bereits das Instrumentarium des zukünftigen gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems oder ist darauf noch zu warten. Hier gibt es eindeutig eine Analysedivergenz, die quer durch die ideologischen Lager geht. Positiv ist, daß sich diese Divergenz seit etwa einem Jahr deutlich verengt hat. Zusätzlich wird Sicherheitspolitik auch in Österreich diskutiert. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall und auch verständlich, weil zur Zeit der Blöckekonfrontation der sicherheitspolitische Spielraum auf ein Minimum beschränkt war. Heute ist dem nicht mehr so. Jedes Land ist dafür verantwortlich, im Kräftespiel seinen sicherheitspolitisch optimalen Platz zu finden. Die Diskussion dazu ist öffentlichkeitswirksam bereits angelaufen. Unzulässige Vereinfachungen und Verkürzungen erschweren jedoch einem nicht dauernd damit Beschäftigten die Beurteilung. Einen solchen Beurteilungsbeitrag sollen die vorliegenden Ausführungen abgeben. Vorsätzlich wird daher nicht eine Option befürwortet oder eine andere verworfen, sondern es bleibt dem Leser vorbehalten, das Dargestellte zu überprüfen und daraus seine Schlußfolgerungen zu ziehen.

Von entscheidender Bedeutung wird es sein, daß auch Österreich seine sicherheitspolitischen Ziele und nationalen Interessen, auf einem staatlichen Konsens beruhend, eindeutig und mit der erforderlichen Detaillierung formuliert. Sekundär ist, welches Gremium mit dieser Aufgabe, die die meisten Länder bereits hinter sich gebracht haben, beauftragt wird. Die einen haben dafür einen nationalen Sicherheitsrat etabliert, die anderen eine parlamentarische Kommission, die anlaßbedingt Fachleute heranzieht; auch andere organisatorische Lösungen sind denkbar.

Von der Sicherheitspolitik leitet sich die Verteidigungspolitik ab, innerhalb derer die Aufgaben zu detaillieren sein werden. Grob sind diese drei Bereichen zuordenbar: Dem der internationalen Aufgabe, dem der territorialen Aufgabe und dem des allfälligen Aufwuchses zu einer angemessenen Verteidigungsfähigkeit.

Zu den internationalen Aufgaben zählen die humanitären und Katastrophenhilfeinsätze, die natürlich auch im eigenen Land des öfteren erfüllt werden müssen. Weiters gehören dazu die dem Frieden dienenden Maßnahmen. Sie können auf Erhaltung, aber auch auf Durchsetzung abzielen. An die 40.000 Österreicher haben sich bereits dieser Aufgabe gewidmet.

Territoriale Aufgaben betreffen den Sicherungseinsatz, wie er 1991 an der jugoslawischen Grenze stattfand, Kampfeinsätzen und Assistenzeinsätzen, die im Zusammenhang mit der Anforderung ziviler Behörden zu sehen sind. In den letzten Jahren haben etwa 160.000 Österreicher ihren Dienst an der Grenze versehen. Dieser Aufgabenbereich ist sowohl am Boden als auch in der Luft wahrzunehmen. Für die dritte Aufgabe, dem Aufwachsen zur angemessenen Kampfstärke für den Fall einer sich abzeichnenden Verteidigung gelten heute Dimensionen von Jahren. Nicht zu vergessen ist, daß aber das Aufstellen einer neuen Organisation selbst beim Zurverfügungstellen von erforderlichem Personal und Material in etwa mit einem Jahrzehnt zu veranschlagen ist. Grundkenntnisse und Grundausrüstung sowie Know How sind daher für diese Aufgabe zu erhalten.

Zusammenfassend sei daher festgehalten, daß aus der Sicht des Verfassers die Ziele und Interessen der österreichischen Sicherheit an die Spitze aller Überlegungen zu stellen sind. Ob Österreich an der europäischen Sicherheitsstruktur, wie sie sich heute darstellt, teilnimmt oder nicht, wird auf die Frage der Ostöffnung der NATO und des besonderen Verhältnisses der westeuropäischen Länder zur Russischen Föderation in Fragen der Sicherheit keinen Einfluß haben. Diese Vorgänge sind Rahmenbedingungen für die österreichische Entscheidung. Mit der Methode, sich mit kleinen Schritten in die richtige Richtung zu bewegen, ist Österreich bis heute in den letzten Jahren recht gut gefahren. Bisher wurde der jeweilige Zug auch fünf Minuten nach der fahrplanmäßigen Abfahrtszeit noch erreicht. Das Bemerkenswerte an der derzeitigen Situation ist, daß die sicherheitspolitische Integration eine unwahrscheinliche Dynamik angenommen hat. Zwischenstaatliche oder innerstaatliche Konfliktpotentiale beginnen sich in dieser Dynamik zu minimieren, fallweise sogar aufzulösen, die Sicherheit erfüllt sich sozusagen von selbst und nebenbei. Das ist erfreulich, das Unangenehme für Österreich ist, daß man in unserem Land darauf eingestellt war, auf einen Personenzug warten zu können, von dem sich herausstellt, daß er in Wahrheit ein Intercityzug geworden ist.

Allem Anschein nach entwickeln sich die Institutionen der europäischen Sicherheit so, daß sie sich asymptotisch annähern. Irgendwo in der Zukunft werden sie sich treffen im gemeinsamen Staatsverband Europa, der wahrscheinlich keinem der gängigen Modelle gleichen wird, von dem Sicherheit ein untrennbare Komponente sein wird. Die Frage sei wiederholt, ist das, was sich heute in einem atemberaubenden Veränderungsprozeß darstellt, bereits das Sicherheitssystem oder nicht. Das kritische Urteil des Lesers wird maßgeblich sein.

Der Präsident der Tschechischen Republik Vaclav Havel meinte unlängst sinngemäß, daß es gefährlich wäre, wenn Große über Kleine Entscheidungen trafen. Leicht übersehen sie die Interessen der Kleinen, was wiederum zu Problemen der Großen führen kann. Die Geschichte der letzten Jahre hat dies nachhaltig bewiesen. Seine Antwort darauf ist, jede Möglichkeit der Mitbestimmung zu nutzen.

So gesehen kann der Zukunft mit Optimismus entgegengesehen werden, außerdem gibt es, um mit Karl Popper zu sprechen, dazu auch keine Alternative.